

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: S.M. 66, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhof 292 - 293. Tel.-Abteilung: Sozialdemokrat Berlin.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftstag 9-5 Uhr.

Verleger: Hermanns-Verlag GmbH, Berlin S.M. 66, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhof 2506-2507.

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Neue Landesverratsverfahren!

Prof. Dr. Quidde in München verhaftet.

München, 17. März. (WZ.) Der bekannte Pazifist Professor Dr. Quidde wurde am Sonntag auf Anordnung der Staatsanwaltschaft München verhaftet. Die Festnahme geschah im Zusammenhang mit einer Veröffentlichung in der „Welt am Montag“ vom 10. März. Die gleiche Abhandlung hat Quidde auch als Flugblatt drucken lassen und an die Presse des Auslandes gesandt.

Die Wolff-Meldung ist allerdings sehr knapp gehalten. Es geht aus ihr nicht hervor, welche Art von „Verbrechen“ dem alten Pazifisten und Demokraten eigentlich vorgeworfen wird. Artikel ins Ausland zu senden, ist doch bisher noch durch kein Strafgesetz verboten. Also, was wirft man dem Prof. Quidde vor?

### Neudeutsche Juristerei.

Anfrage an Minister = Landesverrat!

Wir haben früher schon erwähnt, daß ähnlich wie gegen den „Bormärts“ auch gegen die „Welt am Montag“ ein Landesverrat schwebt. Jetzt teilt H. v. Gerlach in der „W. a. M.“ mit, daß er vom Richter unter Anschuldigung des „Landesverrats“ wegen folgender Notiz vernommen worden sei:

„Lehrer als illegale Militärs. Aus Bielefeld schreibt man uns: Hier sind vor kurzem eine Reihe Volksschullehrer amtlich vom Kreisrichter zu „militärischen Übungen“ nach dem Senzelager beurlaubt worden. Da die Reichswehr nur Soldaten kennt, die für 12 Jahre eingepflichtet sind, muß es sich um Übungen bei illegalen Verbänden handeln. Wie kommt ein amtliches Organ der preussischen Schulverwaltung dazu, illegale Militärformationen zu unterstützen? Und was gedenkt Kultusminister Boelck gegen dies orgeschwungene Verhalten eines seiner Untergebenen zu tun?“

Was soll durch diese Notiz eigentlich verraten worden sein, was nicht ohnehin im Inlande wie draußen bekannt war? Gerlach versichert, daß der Prozeß, ganz wie beim Bormärts, auf Antrag des demokratischen Reichswehrministers eingeleitet worden ist. Es ist eine nette Juristerei, und eine noch nettere Politik, die da im neuen Deutschland getrieben wird.

### Nicht Diktatur, sondern Monarchie!

Justizrat Claf enthüllt — die Zukunft.

Der Vorsitzende der Alldeutschen Verbände Justizrat Claf nimmt in der „Deutschen Zeitung“ das Wort. Er spricht zwar nicht von den Anwesenheiten, die in Verbindung mit seinem Namen im Hitler-Prozeß zur Sprache kamen, trägt aber insofern zur Klärung bei, indem er seine Zukunftspäne enthüllt. Er hält auch heute noch an der Diktatur fest. Vom neuen Reichstag, der auch nur eine Koalitionsregierung mit einer Kompromisspolitik bringen werde, erwartet er wenig. Ihm komme lediglich die Uebergangsbedeutung zu, auf „würdemäßige“ Wege die Diktatur herbeizuführen. Das nächste Ziel sei deshalb eine völkisch-nationale Mehrheit im Reichstag. Dem dürfe sich die deutschnationale Partei nicht verlagen. Man könne zwar getrennt marschieren, müsse aber vereint schlagen. Aber auch die Diktatur ist für Claf nur Mittel zum Zweck. Das Endziel ist für ihn die Wiedereinführung der Monarchie. Wie im alten Rom das „Censur“ mit der zeitlich unbegrenzten Diktatur des Prinzipats endete, aus der dann das Amt des Kaisers wurde, müsse es bei uns auslaufen in die „Diktatur des Reichsverweisers für die Zeit der Neuordnung, aus der das neue deutsche Kaiserium erstehet.“

Claf ist sehr offen. Daß er es sein darf, zeigt die Affentatsaffäre gegen Seekt und der Hitlerprozeß. Claf ist in beiden Fällen befaßt, ohne daß die Staatsanwaltschaft gegen ihn einschreitet, wie etwa gegen den pazifistischen Professor Quidde. Die Herrschaften auf der Rechten bereiten in aller Öffentlichkeit die Wiederherstellung der Monarchie vor. Die „republikanische“ Staatsgewalt versagt ihnen gegenüber. Das Volk muß sich also selbst helfen. Es hat Gelegenheit dazu bei den Wahlen am 4. Mai. Jede Stimme, die an diesem Tage der Trägerin des republikanischen Gedankens, der Sozialdemokratischen Partei, verloren geht, ist ein Nagel zum Sarge der Republik.

### Wählt Deutschland für Poincaré?

Blöc national-Hoffnung auf den 4. Mai.

Paris, 16. März. (WZ.) Dem „Echo de Paris“ zufolge wird angenommen, daß die französischen Wahlen am 18. Mai abgehalten werden sollen. (Andere Blätter nennen nach wie vor den 11. Mai.) Das Blatt erinnert dann an die deutschen Wahlen, die am 4. Mai stattfinden sollen, und erwartet, daß sie ein Vorzeichen der Nationalisten und Parteigänger der Revanchepolitik bringen würden, das der französischen öffentlichen Meinung einwärtige Klarheit darüber verschaffen werde, was in Deutschland gegen Frankreich getrieben werde.

Wer zum Aufhören der Pariser Bahnstumpfpolitik beitragen will, muß dafür sorgen, daß am 4. Mai nicht in Deutschland die Schrittmacher der französischen Reaktion siegen!

### Die Sachverständigen brauchen Zeit.

Das Komitee Mac Kenna hat keine Studien über deutsche Kapitalflucht usw. wieder aufgenommen.

Sir Robert Kendersley erklärte einem Vertreter des „Petit Parisien“, hinsichtlich der Arbeiten des Komitees Dames sei er immer noch sehr optimistisch bezüglich des Endergebnisses. Aber man dürfe die Berichte und die Lösung nicht zu früh vertagen, es seien zu schwierige Probleme, die studiert würden, und es seien die letzten Etappen, die zählten. Sie könnten nur mit Erfolg überbrückt werden, wenn man den Sachverständigen Zeit ließe. Unmöglich sei es, halbierte Schlußfolgerungen zu ziehen, wenn man sie improvisiere. Man müsse also Geduld haben.

Der diplomatische Berichtler des „Daily Telegraph“ schreibt, wenn die Sitzung des Dames-Ausschusses, die in den ersten Tagen dieser Woche stattfindet, nicht ein höheres Maß der Verständigung unter den Sachverständigen als bisher ergebe, so werde der Bericht des Ausschusses sicher um weitere zehn Tage oder zwei Wochen oder noch mehr verzögert werden. Der Hauptmeinungsstreit betreffe die Frage Zahlungen oder Sachlieferungen sowie die Bedingungen des vorgeschlagenen Ratoratoriums und den Umfang sowie die Anwendung internationaler Anleihen. Es gebe in dem Ausschuss wahrscheinlich keine zwei Delegationen, die in dieser Frage vollkommen übereinstimmen. Finanzkreise hätten die Tatsache nicht übersehen, daß ein Direktor der Londoner Bank, die den Franken stütze, jetzt im Dames-Ausschuss sitze. Die amerikanische Unterstützung des Franken sei nicht von einer derartig vertretenen Firma gekommen, obgleich anscheinend einer ihrer Partner, Lamont, als wahrscheinlicher Delegierter genannt wurde.

Dieser Hinweis soll wohl betonen, daß gewisse britische Sachverständige ein Interesse daran hätten, Frankreichs Wirtschaft zu helfen. Aber es steht ja bereits fest, daß unerfüllbare Ueberforderungen und Sanktionen das Mittel dazu nicht sind.

### Benech bremst Branting.

Bedingungen für Deutschlands Eintritt in den Völkerbund.

Paris, 17. März. (WZ.) Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benech hat dem Berliner Korrespondenten des „Petit Parisien“ zur Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund erklärt, das Problem werde sich in immer akuterer Form stellen. Im Interesse des europäischen Friedens und des Völkerbundes sei es wünschenswert, daß Deutschland in Genuß vertreten sei, aber es könne davon nicht die Rede sein, bevor die beiden Hindernisse, auf die man zurzeit immer wieder stoßen werde, endgültig überwunden seien. Es müsse in erster Linie zu einer umfassenden, wenn auch nur vorläufigen Regelung der Reparationsfrage kommen, und es müsse dann in die in oder jenseitig die durch den Aufrückkonflikt geschaffene Lage liquidiert werden. Erst nachher werde man an den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund denken dürfen. Jedes andere Vorgehen würde, weit entfernt, den europäischen Frieden rascher herbeizuführen, den gegenwärtigen Stand der Dinge nur verschlimmern.

Der Berichterstatter des Völkerbundes, Suza Dantas, Brasilia, hat Deutschland aufgefordert, die letzten abgebrochenen Optionenverhandlungen mit Brasilien wieder aufzunehmen. Die Polen sind für Wien als Verhandlungsort; sie haben sich verpflichtet, bis zum Abschluß des Abkommens keine Handlungen irgendwelcher Art gegen Personen, die von dem künftigen Abkommen berührt werden, vorzunehmen.

Der französische Senat hat sogar am Sonntag nachmittag die Finanzverträge weiterbereinigt und entsprechend dem Regierungsentwurf dem Kammerbeschluss auf Beteiligung des Zündholzmonopols zugestimmt. Dieses Monopol hat nicht verhindert, vielleicht sogar dazu geführt, daß Frankreich für 17 Millionen Zündhölzer einführt bei einem Gesamtverbrauch von 62 Millionen.

General Pellé, der erste französische Chef der tschechoslowakischen Armee und nachher Befehlshaber der Entente-Truppen in Konstantinopel, ist dort gestorben.

Der Diktatorleiden von St. Germain ist vom polnischen Sejm ratifiziert worden. Nur die Sozialisten stimmten gegen dieses Konstrukt, das den ganzen Hof wider die Habsburgermonarchie auf das neue Deutschösterreich schleuderte.

### Devisenspekulation.

Die Berliner Börse zeigte heute eine überraschende Schwäche. Man führt diese darauf zurück, daß die internationale Devisenspekulation insbesondere diejenigen von Wien und Amsterdam, die in den letzten Tagen am französischen Frank sehr stark verloren hat, zu Selbstregulationen in deutschen Effekten schreitet, um ihre verfehlten Devisenspekulationen decken zu können. In Wien soll die Lage besonders bedrohlich sein. Obwohl der Berliner Börsenbericht der sogenannte Vancenhandel, d. h. der Tauschverlehr in Devisen, auch einer gewissen Ueberwachung zu unterliegen sei, da durch derartige Spekulationen unter Umständen dem deutschen Markt Devisen verloren gehen, die für die Wirtschaft zu Einfuhrwaren dringend notwendig sind. Die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln ist wieder etwas stärker. Die Reparationen bleiben im großen und ganzen die gleichen wie am Sonnabend. Die Abmähmung der Börse kommt deutlich zum Ausdruck in dem Rückgang der Kurse der bisherigen Favoriten. Man handelte bei Beginn des Geschäftes Deutsche Erdöl mit 66, Deutsche Petrol mit 18 1/2 und Kriessanleihe mit 90. London gegen Paris wurde mit 89 gehandelt. Tägliches Geld 1 vom Tausend pro Tag.

### Was die Arbeitgeber wollen!

Wer das Treiben der organisierten Unternehmer in Deutschland an allen Ecken und Enden, bei allen Gelegenheiten, bei den Verhandlungen mit den Gewerkschaften, in den Fraktionszimmern der Parlamente, auf den Hintertreppen der Ministerien und in der Presse aufmerksam genug beobachtet, der kann über das, was die Arbeitgeber wollen, mit wenigen Worten Aufschluß geben: sie wollen die uneingeschränkte Macht in den Betrieben zum Zwecke ungehemmter Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten wieder an sich bringen! Wenn die Sache so einfach und klar ist, dann ist es nicht verwunderlich, daß die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vier große Druckseiten eines Flugblattes nötig hat, um — zu verbergen, was die Arbeitgeber wollen. Denn nur dieses ist der Zweck eines an die „gesamte deutsche Arbeitgeberchaft“ gerichteten Flugblattes, mit dem anscheinend die in der Vereinigung führenden Scharmacher anderen Gruppen von Unternehmern, denen unsere der Wahrheit gemäße, aber ein bißchen brutale Formel nicht behagen würde, die mitgeteilten Ziele der Vereinigung appetitlich machen wollten. Das Flugblatt, das die Ueberschrift unseres Artikels trägt, ist aber auch bemerkt worden, um die Reichstagsabgeordneten „aufzuklären“ über das, was die Arbeitgeber wollen; es war einem abermals vier Seiten füllenden Anschreiben an die Mitglieder des Reichstages beigegeben, das sich mit der sozialdemokratischen Interpellation vom 21. Februar beschäftigt. Die Interpellation deckte, wie erinnerlich ist, auf, was die Arbeitgeber wollen; sie bezog sich auf den gegenwärtigen Kampf der Unternehmer gegen die Sozialgesetzgebung und gegen die Arbeiterklasse, der eine Art Hungerstreik darstellt.

Das Anschreiben ist langweilig, aber die Peigabe ist um so seltener. Sie enthält einige Dinge, die wert sind, dem oft zu schnellen Vergessen, diesem schlimmen Uebel der jüngsten Gegenwart, entrisen zu werden. Und zwar darum, weil diese Dinge geeignet sind, dem, der nicht so schnell vergißt, sondern frühere Vorgänge mit der gegenwärtigen Haltung der Unternehmer zu vergleichen vermag, das Charakterbild des deutschen Unternehmertums durch einige recht markante Striche zu ergänzen.

Da ist zum Beispiel zu lesen: „Als im November 1918 die deutsche Wirtschaft unter dem Druck der Berühmtheiten gegen ihre innere Ueberzeugung und gegen die bessere Wirtschaftserwartung die auf schwankendem Boden aufgebaute Sozialpolitik mitmachte, wor die tägliche Arbeitszeit im allgemeinen zwischen neun und zehn Stunden.“ Mit dem Sprung zum schwebelichten Achtstundentag habe dann das Unheil seinen Anfang genommen. Dann folgte das „Hinaraffrauchen des Lohnniveaus“, bis es schließlich, wie wir anerkennen wollen, unterhalb des Existenzminimums lag. Rückgang der Produktion und Verteuerung der Waren seien, fährt die Vereinigung fort, die schwerwiegenden Folgen dieser Wirtschafts- und Sozialpolitik, die auf solche Weise angebahnt wurde und die dann weiter folgte, gewesen. Mit dieser „Erkenntnis“ sei man „zu der ersten Hauptaufgabe der Aktion und der deutschen Währungs- und Wirtschaftsverhältnisse durchgedrungen“, zu der Quelle, „die wir bei größerer Einsicht und Energie überhaupt nicht hätten zu erschließen brauchen oder halb wieder hätten verschließen können“. Das Verfall der Diktator sei erst die „weite Quelle“ gewesen, was nichts anderes besagt, als daß der schlimmste Feind des deutschen Volkes in seiner Mitte haust und in den Gewerkschaften verkörpert ist, sofern man überhaupt von solchen Feinden reden will.

Doch das nur nebenbei. Wichtiger ist, anstatt eines solchen überlesen tuender Geistes und gegenüber der Verbreitung der Wahrheit darauf zu erinnern, daß doch die Grundlage zu dieser ganzen angeblich so unheilvollen Wirtschafts- und Sozialpolitik gar nicht in der Gefaschuna, sondern im Arbeitsgemeinschaftsvertrag bestanden hat. Den aber haben die Unternehmerverbände im November 1918 unterschrieben. In ihm war alles bereits enthalten oder zum mindesten angedeutet, was später auf dem Wege der Gefaschuna sozialpolitische Wirklichkeit geworden ist, und der Wirtschaftsentwickler stand dabei weit im Vordergrund. Die Unternehmer haben also selbst mit ihrem Wissen die „erste Hauptaufgabe“ des Unheils erschaffen. Aber sie haben es, wie die Leute behaupten, „unter dem Druck der Verhältnisse“ und gegen ihre innere Ueberzeugung getan.

Diese nachträgliche Auslegung stellt also die Unterchrift der Unternehmer als eine Lüge hin. Und damit glaubt wohl die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände die Haltung der Unternehmer moralisch zu rechtfertigen.

Die Gelegenheit wird nun der Vereinigung „dann benutzt, um von neuem die schärfsten Angriffe gegen den „staatslichen Bureautarismus bei der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen“ und „gegen das Tarif- und Lohnkollat der Schlichtungsausschüsse und staatlichen Behörden“ zu richten. Seit fünf Jahren sehe sich das Unternehmertum gegen diese „Zwangswirtschaft“ der Schlichtungsbehörden zur Wehr.

Auch das rufft Erinnerung wach. Nämlich die, daß die Unternehmervorteiler im Reichswirtschaftsrat bei der Beratung des Entwurfs zur Schlichtungsordnung für einen sehr weitgehenden Schlichtungszwang eingetreten sind. Mit Regeneration stimmte damals das gesamte Unternehmertum dem Anrufungsmana des herührt gewordenen § 55 des Entwurfs zu, nach dem Arbeitseinstellungen vor dem

Tätigwerden der Schlichtungsbehörden verboten sein sollten, während sich die Gewerkschaftsvertreter im Reichswirtschaftsrat bemühen, die Zwangsmaßnahmen nach Möglichkeit zu mildern. Auch das ist ein Beweis dafür, daß die wilden Kämpfe, die das Unternehmertum heute gegen die Zwangsschlichtung und gegen den ungeliebten Tarifzwang führt, innerlich unaufrichtig und gegen ein ganz anderes als das vorgelobte Ziel gerichtet sind, nämlich gegen die Tarifvertragsidee überhaupt.

Die Vereinigung erinnert in ihrem Flugblatt auch an dieser Stelle wieder an den November 1918. Damals habe sich — in dem Novemberabkommen — die Arbeiterschaft dem Grundsatz des Tarifvertrags unterworfen, zum Teil mit Widerstreben... Aber man hoffte, auf dem Boden der Arbeitgemeinschaft die Schwierigkeiten, die zu diesem Widerstreben den Anlaß gegeben hatten, überwinden zu können. Auch diese Hoffnung sei durch die nachfolgende sozialrechtliche Gesetzgebung vernichtet und damit sei die Arbeiterschaft zerstückelt worden.

Das Unternehmertum hat also erwartet, die Arbeiterklasse würde sich durch die Gründung der Arbeitgemeinschaft bewegen lassen, von ihrer politischen und sozialistischen Lehren Gebrauch zu machen und auf die Sicherung der sozialpolitischen Errungenschaften in gesetzlicher Form zu verzichten. Das Unternehmertum hätte sodann seine nach und nach wachsende Erhöhung benutzen und von den Zugeständnissen des Vertrages eines nach dem anderen ignorieren, also „die Schwierigkeiten überwinden“ können. Das also war, mit Unrecht, mit Unwissenheit gesehen, der Zweck des Novemberabkommens.

Daß die Gewerkschaften einen solchen Zweck mit dem Abkommen keineswegs verbunden wissen wollten, hat die „Gewerkschaftszeitung“ des DGB. (oben Herr Professor Hertner) sehr energisch auseinandergesetzt, der — wie interessant! — fast gleichzeitig im „Arbeitgeber“, dem Organ der Vereinigung, die gleiche Auffassung vertritt. Auch er behauptet, der Grundlag des Abkommens sei gewesen, „die zivile und militärische Bürokratie möglichst auszuschalten und den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens auf Basis der freien Selbstverwaltung der Beteiligten durchzuführen“. Dann aber sei an die Stelle dieser freien Selbstverwaltung eine Fülle von sozialpolitischen Gesetzen getreten. Hertner zählt alles auf, was an sozialpolitischen Gesetzen seit 1918 entstanden ist, von der Erwerbslosenfürsorge bis zum Achtstundentag, und verwirrt alle diese „gesetzlichen Veranlassungen“, die aus „sozialer Veranlassung“ entstanden seien, in Bausch und Bogen.

Wir erörtern in der Tatsache, daß ein Mann des Katheders zu den kriegerischen Taten der Scharfmacher zur rechten Zeit die wissenschaftliche Melodie der Macht, eine überzeugende Bestätigung der Auffassung, daß in der herrschenden Ordnung dem Kapital alles zum Vorteil gereicht. Auch die Wissenschaft, denn Hertner spricht dort — ob mit Recht oder Unrecht, ist seine Sache — im Namen der ganzen Wissenschaft „Riemals“, ruft er aus, „hätten Sozialreformer und gewerkschaftspolitiker bei uns eine derartige Entwicklung (wie Hertner sie zuvor beschrieben hat) gefördert.“

Das Flugblatt der Vereinigung der Deutschen Arbeitnehmergeverände aber erklärt zum Schluß, der Kampf der Unternehmern gegen die sozialrechtliche Gesetzgebung habe nur den Zweck, „wieder den Boden für eine neue Arbeiterschaft zu gewinnen.“

Das klingt wie eine Verhöhnung der Arbeiterklasse, hat aber eine tiefere Bedeutung. Das Unternehmertum verfolgt das Ziel, die sozialpolitische Gesetzgebung zu zerbrechen, um in einem neuen Abkommen den Arbeitern und Angestellten in einer für sie möglichst ungünstigen Situation das gnädigste zu gewähren, was es für angemessen hält. Das ist es, „was die Arbeiterklasse wollen!“ Daraus ergeben sich für die Arbeiterklasse zwei Aufgaben: Die Stärkung der Gewerkschaftsbewegung und die Wahl einer starken parlamentarischen Vertretung zum Schutze des Restes der sozialpolitischen Gesetzgebung und zu ihrer weiteren

Förderung. Zeigt doch die Brut der Unternehmer, daß wir in den letzten Jahren im allgemeinen auf dem rechten Wege waren.

## Sökö und die „Freiheit der Wissenschaft“.

### Eine „grobe Fälschung“?

Genosse Fiehlner-Dresden schreibt uns: Der Leipziger Professor Abg. Dr. Sökö antwortet in Nr. 116 des „Vorwärts“ auf eine Notiz, die der „Vorwärts“ in der Abendausgabe vom 5. März über einen Brief brachte, den Herr Göy an Professor Dr. Hellmann in München schrieb, um dessen Bezeichnung an die Universität Leipzig zu hinterfragen. Der fragliche Brief wurde teilweise von mir im Untersuchungsausschuß des sächsischen Landtags verlesen, vor dem ich in einer mit Berufenen zusammenhängenden Beamtenfrage geladen war. Diese Briefstelle ist in der Presse aber nur unvollständig abgedruckt worden, und ich muß annehmen, daß die Veröffentlichung nach einem mangelhaften Stenogramm von Pressevertretern erfolgt ist, die in jener Sitzung anwesend waren.

Dr. Sökö erklärt, daß die in Klammern gesetzte Bemerkung in der Notiz des „Vorwärts“: „wegen einer Geldentschädigung“ in seinem Briefe nicht enthalten sei und daß das eine „grobe Fälschung“ darstelle. Da begehrt Herr Göy zunächst selbst eine — obgleich — „grobe Fälschung“, da in der Notiz zwar von einer „Entschädigung“, aber nicht von Geldentschädigung die Rede ist. Das ist nach dem ganzen Sinn und Inhalt des Briefes ein wesentlicher Unterschied! Um die Sache aber ganz klar zu stellen, da sie sehr großes allgemeines Interesse hat, lasse ich den Wortlaut der Briefstelle, die ich im Untersuchungsausschuß verlesen habe, folgen. Professor Sökö schrieb an Professor Hellmann:

„Wir sehen es für unsere Pflicht an, den Kampf gegen das Ministerium in aller Schärfe aufzunehmen; unser Professorat in der Ministerium, unsere Beschwärde beim Senat, unsere Eingabe an den Hochschullehrer-Verband wird in den nächsten Tagen der Presse übergeben werden; auch die Leipziger Studentenschaft ist von der Sachlage unterrichtet worden...“

„Sie hatten eine wirklich große Gelegenheit, der populärste Mann unter den deutschen Professoren zu werden, wenn Sie eine Oligarchie ablehnten. Alle Welt hätte Sie gegolbt: endlich einmal ein Charakter, dem die Ehre eines Professors dem materiellen Vorteil vorgeht! Sie werden auf Ihre wirtschaftliche Notlage hinweisen — es wäre ein kaum zu ertragendes Opfer gewesen. Aber wenn Sie vor der Annahme des Rufes gekommen und uns darauf hingewiesen hätten, wie schwer eine Entschädigung für Sie sei, so wäre eine Vereinbarung wohl sicher möglich gewesen — wir hätten dann wenigstens eine Bestimmung gesehen, die sich nicht zum Verleugern des Ministeriums gegen die eigenen Kollegen machen ließ. Wir würden dann alles getan haben, Ihnen so rasch als möglich einen ehrenvollen Ruf an eine andere Universität zu verschaffen — ich glaube, daß es überall Verständnis gefunden hätte, daß ein Mann, der sich für die obersten Rechte der Universität manhaft gekämpft hatte, Anspruch auf Ausnahme in eine Fakultät habe. Ich persönlich hätte mit einer Fakultät, die bei den zu erwartenden Schiebungen frei gemordet wäre, bereits Fühlung zu nehmen versucht, und ich würde nicht gerührt haben, bis Ihnen eine ehrenvolle Entschädigung für Ihre Unerbittlichkeit zuteil geworden wäre...“

„Ich freude Ihnen und ich glaube wirklich sagen zu dürfen: unter dem Druck der Umwälzungen in Sachsen sich vollziehen müßte. Tun Sie es mit der Begründung, daß Sie nicht gegen den Willen der Fakultät nach Leipzig kommen wollten, nachdem Sie sich von der Stimmung der Fakultät überzeugt hätten. Ich verspreche Ihnen noch einmal, daß ich, und mit mir ganz unzweifelhaft die ganze Fakultät, alles tun werde, Ihnen einen ehrenvollen Ruf zu schaffen. Noch ist es möglich, daß wir auf Grund Ihrer Loyalität für Sie einrichten können; später wäre das nicht mehr möglich. Aber handeln Sie rasch, ehe es zu spät ist! Ich kann Ihnen versichern, daß die Dinge in Sachsen nach den heute mitgeteilten Beschlüssen der Reichsregierung unaufhaltsam ihren Weg gehen werden; ich bin froh von möglicher Stelle davon unterrichtet worden. Sie werden meinen Brief als einen starken Druck empfinden, er soll es in Ihrem Interesse auch sein. Vertrauen Sie mir, bitte — Sie haben in wenigen Tagen wahrscheinlich keinen Rückweg mehr aus einer verfahrenen und nach meiner Meinung unheilbaren Lage, jetzt aber haben Sie noch einen ehrenvollen Ausweg...“

So weit die fragliche Stelle des Briefes. Die Deffenität wird nun wohl selbst am besten beurteilen können, was es mit der angeblichen „grobe Fälschung“ einer Bemerkung hat. Höchstdenkbare Werdung von einer „Entschädigung“ nicht nur ein, sondern zwei mal! — Es ist demnach ein starkes Stück, diejenigen der Fälschung zu bezichtigen, die das ganz sinngemäß bezeichnen. Im übrigen wirft der Brief ein helles Licht auf die Kobalen, die heute an Hochschulen geübt werden.

## Rechtsunsicherheit.

### Die Folge der Taktik der Regierung.

Die Regierung hat ihre Weigerung, eine Abänderung ihrer Notenordnungen durch das Parlament vornehmen zu lassen, damit begründet, daß eine durch längere Beratungen entstehende Rechtsunsicherheit die Stabilität der Währung und der Wirtschaft durchkreuzen würde. Tatsächlich hat sie das Gegenteil erreicht. Im Handelsblatt der „Frankfurter Zeitung“ vom 15. März wird festgestellt:

„Die Abwicklung des Aufwertungsverfahrens erstreckt sich nach der dritten Steuernovellierung auf Jahre. Für die Durchführung einzelner Teile der Aufwertung, z. B. für die Hypothekensplandbriefe und Sportlosgeldausgaben müssen die Ausführungsbestimmungen noch geschaffen werden und es muß ein organisatorischer Apparat zu diesem Zwecke aufgezogen werden. Es entsteht nun die große Frage, ob es zweckmäßig ist, diese Ausführungsarbeiten in einem Augenblicke in Angriff zu nehmen, in dem das Schicksal der ganzen Verordnung noch in der Schwebe ist, da das Parlament noch keine Gelegenheit gehabt hat, eine Entscheidung zu fällen. Man muß mit der Möglichkeit einer Abänderung der Aufwertungsbestimmungen immerhin rechnen. Praktisch ergibt sich dadurch für Gläubiger, die auf Grund dieser Aufwertungsbestimmungen etwa schon jetzt von den Schuldner befriedigt werden sollen, die Zweckmäßigkeit, einen Vorbehalt zu machen, daß die Befriedigung ihrer Ansprüche nur insoweit gelten soll, als nicht durch eine spätere Abänderung der Aufwertungsbestimmungen der dritten Steuernovellierung sich die Rechtslage verändern würde.“

Aber praktisch ist vor allen Dingen die auf der Goldbilanzierung begründete Umstellung der Aktiengesellschaften eigentlich so lange undurchführbar, als in bezug auf die Aufwertungsfrage d. h. in bezug auf die Behauptung bestimmter Aktien von alten Schulden und Forderungen keine endgültige Rechtsunsicherheit herrscht. Es wäre von sehr zweifelhaftem Werte, wenn man jetzt Umstellungen vornimmt, die unter Umständen wieder revidiert werden müßten, wenn die Aufwertungsbestimmungen eine nachträgliche Änderung erfahren. Das würde einen ganz unwirtschaftlichen Aufwand an Arbeit und Kosten bedeuten und die Unsicherheitsmomente in der Aktienbewertung noch einmal vermehren.

Der Mangel an Rechtsunsicherheit, der durch diese Art der Behandlung der Notenordnungen entstanden ist, ist außerordentlich zu bedauern.“

Das ist eine Tatsache, dafür aber um so schärfere Kritik der Haltung der Regierung und schlägt ihr das beste Argument aus der Hand. Es ist zugleich ein unaussprechliches Rechtfertigen der Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

## Parteitag und Reichstagswahl.

### Rassel wünscht Verschiebung des Parteitages.

Rassel, 17. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonnabend und Sonntag fand in Rassel der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei statt. Genosse H. Schleidemann wurde als Spitzenkandidat für die Reichstagswahlen aufgestellt. Gegen ganz wenige Stimmen wurden weiter die Genossen Schnabrich und Braunerkreuter als Reichstagskandidaten bestimmt. Ein Antrag des Landtagsabgeordneten Hauschild auf Verschiebung des Reichsparteitages wurde einstimmig angenommen. Er hat folgenden Wortlaut: „Der Bezirksparteitag Rassel empfiehlt dem Parteivorstand und dem Parteiausschuß, zu beschließen, daß vor den Reichstagswahlen ein Reichsparteitag nicht mehr abgehalten wird. Sollte wieder Erwarten so nicht beschlossene werden, so ist auf die Tagesordnung als einziger Punkt zu setzen: „Der Reichstagswahlkampf“. Alles andere wäre dann einem nach den Wahlen stattfindenden Parteitag vorbehalten.“

## Das Lächeln Asiens.

Von Hans Weymann.

„Gongschlog. Die Variétébühne verdunkelt sich. Aus dem Gang schlüpft ein kleiner Japaner in blauweißem Trikot, verneigt sich lächelnd, winkt dann mit der Hand, und neben ihm steht seine Gefährtin, ein kleines, geschmücktes Puppengesicht mit hochgestecktem Haar. Der zierliche Kinderkörper steht in einem roten Kimono. Eine tiefe, zeremonielle Verbeugung, ein Lächeln dabei, das wie eine Maske auf dem Gesicht ruht.“

Sie tritt zurück, das Spiel beginnt. Auf einer Matte liegt der Mann, die erhabenen Beine drehen und werfen eine seidene Tapeten- für mit spielender Reizigkeit und einer großzügigen Beherrschung ohne Nachsehen. Seine Hände fliegen über die gelblichen Hüfte, die wie große Greifhände ausstehen, kleine Papierschirme, stoßen sie empor in buntem Wirbel. Wie eine Blumenweif gleiten sie dahin. Alles ohne einen Laut, jede Bewegung gehalten und selbstverständlich.

Eine Bambusflange wird gereicht. Die Kleine Japanerin hält lächelnd wie ein Spielzeug und ebenso lächelnd mit unbegreiflicher Reizigkeit läuft der Mann an ihr hoch.

Dann steht er sentrecht auf dem Kopfe, Arme und Beine gestreckt. Das Publikum lacht und ist höchlichst bezaubert. Die Kleine lächelt, obwohl sie weiß, daß nur eine kleines Zittern ihrer Finger lächerlichen Tod für ihn bedeutet.

Sie lächelt, obwohl sie heute morgen einen Brief aus Jeddo kam, der ihr die Todesnachricht ihrer alten Eltern und des einzigen kleinen Bruders bei dem großen Erdbeben brachte.

Wah! Sie ängstigt sich immer in diesem fremden Lande, wo sie niemanden versteht und immer friert, und eine fürchterliche Traurigkeit läßt ihr kleines Herz zittern, wenn sie an die ferne Heimat denkt, an das Fest der Baumbüte, an das Mädchenfest, wo sie tanzt — aber sie lächelt immer, demütig und gehorlich, wie alle Frauen und kleinen Mädchen ihres Landes es tun.

Jetzt kommt das Letzte und Schwerste. Sie tritt an die Wand, und nun beginnt das Spiel der blauen Messer. Wie ein flirrender, schwebender, blitzschnell hochsender, Lauer aus Silberfäden fliegen die scharfen Messer auf sie zu. Immer neben ihr in die Wand eingeschlagen.

Beide lächeln, aber sie sieht in Osagas Augen die schweigende Drohung und Warnung, ach, sie weiß, was es heißt. Schläge und scharfe Behandlung, wenn er mit ihr unzufrieden ist. Aber doch lebt sie ihn, spricht er doch ihre Sprache und manchmal ist er auch gut zu ihr.

Und kann denkt sie wieder plötzlich und schmerzhaft an die toten Eltern — sie hat sich bewegt, ein Messer ist in ihre Seite gedrungen. Aber sie rührt sich nicht und lächelt, während das Blut leise zu

rieseln beginnt. Auch Osaga hat es bemerkt — aber er führt die Nummer ruhig zu Ende und zeigt dem Publikum lächelnd die Zähne. Lebender Person. Beide verbeugen sich zierlich, aber sie fühlt, daß sie sterben kann. Hinter dem Vorhang sinkt sie bewusstlos in Osagas Arme.

„Verdammt Asiaten, ich werde immer ganz wild, wenn ich dies heimtückische Lächeln sehe.“ sagt vorne ein martialischer Herr zu einem Freunde.

## Ein Freskenwerk Sierogts in der Nationalgalerie.

Ein einzigartiges Werk Max Sierogts, das auch einzigartig innerhalb der Kaiserzeit steht, ist jetzt glücklicherweise für die Berliner Nationalgalerie gewonnen worden: Es sind die Wandmalereien, die der Meister in einer glücklichen Stunde für die Gartenhalle eines Landhauses in Neu-Cladow schuf. Die Geschichte dieses Werkes wird von dem Direktor der Nationalgalerie Ludwig Justi im neuesten Heft von Donaths „Kunstwanderer“ erzählt. Sierogt war obers zu Gast bei seinem Freund Johannes Gutschmann in Neu-Cladow. Der Erbauer dieses Landhauses hatte die Reste einer abgebrannten Scheune in eine offene Halle umgewandelt, und als Sierogt 1911 glückliche Sommertage in Cladow verlebte, wurde dort allerlei getrieben. Wie er den Polier Farben mischen und pinseln ließ, wurde der Meister selbst angezogen. Wände und Decke der Halle farblich auszukleiden, und so entstand ein Wunderwerk Sierogtscher Kunst, das die ganze glückliche Anmut und glückliche Reizigkeit seiner geistlichen Phantasie mit der feinsten musikalischen Farbenschönheit verband. „In der Mitte auf dem Himmelblau das mozarthisch jubelnde Ornament der schaukelnden, glockelnden Körper und fliegenden, schwingenden Blumen“ so schildert Justi den Eindruck der Hauptwand — „das feine Gelb des Rauerputzes zerprengt ausgepart auf den Seitenflächen als Grund schwebende überstreicht auf den jarten Seitenflächen; dazwischen die dunkleren Flächen mit den vollen Kränzen und dem gläsernen Getriebe — das ist ein Rhythmus der Linien und der Farben und der malerischen Einfälle sonderbar.“ Der Schmutz der beiden Seitenwände steht dazu in einem reizenden Gegensatz, und die spaltelnde Leuchte ist wieder anders behandelt. Immer aber lebt die spielende Wärme und die glückliche Einbildungskraft, die den wunderbarsten Reiz musikalischer Melodienfänge hervorruft.

Als Gutschmann Cladow aufgeben mußte, konnte er den bis dahin sorgfältig behüteten Schatz nicht mehr bewachen. Der neue Besitzer kümmerte sich nicht darum, und die in höchster Technik hingeworfenen Schöpfungen hätten rettungslos zugrunde gehen müssen. Deshalb bot der Besitzer die Halle der Nationalgalerie als Geschenk an. Aber nun blieb die überaus schwierige Aufgabe, das Werk unbeschädigt nach Berlin zu bringen. Man kam schließlich darauf, die Flächen überleben zu lassen, damit der schlechte Putz die Erschütterungen überhöre; Dazu mußte aber die Mauer vorher fixiert werden. Ungeheure Schwierigkeiten hat der Transport, da man doch nicht den ganzen Saal wegzutransportieren konnte. Nach langen Bemühungen wurden die letzten drei Wände, mit Papier und Bekleidung überklebt, auseinandergefagt, und ebenso die Decke. Jeder

Teil wurde in Eisenröhren gespannt, dann wurden die Mauerstücke der Länge nach schmal zerlegt, die neuen Rückseiten mit Gips verputzt und darin ein Drahtnetz. Zur Aufnahme des Werkes mußte der einzig geeignete Raum, der ehemalige Spielhof des Kronprinzenpalais, umgestaltet werden. Nun steht die Halle mit dem Werk vor dem Eingang zum Studienhof der Zeichnungsammlung, und die Nationalgalerie ist um ein Werk bereichert, wie es keine andere Sammlung sonst aufweisen kann.

Gastspiel Urtus in der Volkoper. Gäste, die aus der Provinz kommen, um in Berlin auf Engagement zu spielen, sind oft eine Qual für den Hörer und Beurteiler. Über berühmte Sänger, Gäste, noch auf stolzen Rossen, können in jede Vorstellung einreiten, ohne sich und ihre Hinzureiten. Aus dem vorgelegten Pattiera-Gastspiel der Volkoper wurde durch plötzliche Abgabe des Dresdener Siedentors ein Urtus-Gastspiel. Urtus ist kein Bühnenherrscher, kein großer Mime, kein Böhmner des Tenorsches. Der Clou ist sein Don José, eine Herrscherleistung. Er verfenkt sich in das lächerliche Affekt, ohne in sich zu verlieren, er baut eine Art, die des zweiten Aktes etwa, mit größter künstlerischer Vorbereitete auf und macht jede Kleinigkeit zu einem gelungenden Wunder. Wozu der spielenden Figur in ihrer pompösen Würde auch manche jugendliche, manche lebenswürdige Ruane fehlen, die Kultur dieses Schöngelanges ist bezaubernd. Die Leidenschaft leitet vom Gesicht und vom Körper weg auf die subtile Regung des Brustkorbes, ein erster, ein geschwaderter, ein Konzert-Don-José. Die Partnerin Nora Landertich kommt mit ihren dünnen, im Alregeister ganz matten Tönen nicht gegen Dröbster und Rüstingen auf, zeigt jedoch große Lustlosigkeit und Spielgewandtheit. — Als Samson war Urtus ganz in seinem Element. Er sang hymnisch, wie ein Held zur Ehre Gottes, mit breiter Entfaltung seiner edlen Stimme. Hier war ja das Theater keine Hemmung, und die herbe, geschlossene, in sich gekehrte Art des Vokales wirkte gut zu ihrer Dariaienpartie. Ebenbürtig stand ihm in der Rolle der süßen Drahtschloßhauer zur Seite, eine Glade, ein quellender Sang ohne Einschneidung der Sinne.

Der 8. Abend der Neuenbergergruppe findet Dienstag im Berg-Paus, Volksanwerter Str. 4, statt. Das Lampion-Quartett spielt fünf Stücke für Streichquartett von A. Caletta. Franz Huba Hoffmann-Berndt gibt die Uraufführung Volker Goethes Klavierkonzerte Op. 3, ferner Büchlers „Bühnenspiele“.

Klemperer und die Staatsoper. Die Generalverwaltung teilt nach dem mit dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ein, daß ein gegenseitiger Vertrag mit Generalmusikdirektor Klemperer wegen einer späteren Verpflichtung an die Staatsoper völlig aus der Luft gegriffen ist. Generaldirektor Reiber, der einen fünfjährigen Vertrag hat, beklagt nach wie vor das volle Vertrauen.

Zentraltheater. Direktor Axel Feing Wolff hat die Leitung des Central-Theaters übernommen und wird Anfang April eine neue Operette in Uraufführung heraufbringen.

„Der 28. Tag“ fällt. Eine offizelle Statistik befragt, daß die Zahl der Fälle, in denen Regier in dem Vereinigten Staaten im Jahre 1923 gelindert worden sind, 28, darunter 2 Frauen, betrug. Das bedeutet einen erheblichen Rückgang gegen früher. Die höchste Ziffer war im Jahre 1892, als 363 Regier gelindert worden sind.

# Ehrhardt drückt sich.

## Die Zeugenschaft unzustellbar.

BS. München, 17. März.

Zu Beginn des heutigen 17. Verhandlungstages wird magerlich, daß Ehrhardt nicht auffindbar sei und deshalb auch nicht als Zeuge geladen werden könne. Der Fall Löffow wird zunächst nicht erwähnt. Als weiterer Zeuge wird darauf Sanitätsrat Dr. Pittinger, der Führer des Bundes „Bayern und Reich“, benannt, der Ende Oktober 1923 zu Poehner kam und sich bitter über die Inaktivität Kahrs äußerte. Er ließ Kahrs durch Aufseher befragen, der Bund werde seine Beziehungen zu ihm lösen, wenn er nicht aktiv wäre. Was man verlangt habe, seien aber keine politischen, sondern wirtschaftliche Forderungen gewesen, da die bayerischen Verbände mit der wirtschaftlichen Lage sehr unzufrieden waren. In der Bürgerbräuerversammlung habe er krankheitsbedingt nicht teilgenommen, jedoch habe er sich am 9. November über die Lage orientiert und den Eindruck gewonnen, daß das Staatskommissariat den Rufschuß auf keinen Fall mitmachen wolle. Seither habe er sich zu ihm gefügt: „Es war einfach furchtbar, das kann ich Ihnen sagen. Wie in meinem Leben habe ich etwas Ähnliches mitgemacht und ich hoffe, ich werde das auch nicht wieder tun. Selbstverständlich denkt keiner von uns daran, mitzumachen.“ Er selbst habe den Auftrag erhalten, in Rosenheim freiwillige Kräfte aus dem Bund „Bayern und Reich“ zu sammeln. Wenn es in den Zeitungen geheißelt habe, daß er sich in dieser Angelegenheit gelegentlich einer Unterredung dahin geäußert habe, Kahrs wolle selbst nicht, was er tun sollte, so sei das falsch.

Borsf.: Haben Sie in Rosenheim nicht geäußert: „Kahr und Hitler haben sich veretelt. Hitler muß sich fügen, sie würden sich schon beide zusammenraufen.“

Zeuge: Es ist möglich, daß ich der Hoffnung Ausdruck gegeben habe, daß man ein Blutvergießen vermeiden und die Dinge nach legendäre in Ordnung bringen könne.

Borsf. (zu Poehner): Diese Aussage entspricht nicht Ihrer Darstellung. Haben Sie vielleicht einen Vorbehalt zu machen?

Darauf wendet sich der Angeklagte Poehner an den Zeugen Dr. Pittinger und erinnert ihn daran, daß er mit ihm eine Unterredung gehabt habe, in der Pittinger seinem Bedauern über das Verhalten Herrn v. Kahrs Ausdruck gegeben habe. Für mich, so erklärte Poehner, war das ja ziemlich gleichgültig, da er nicht für Sie sehr schmerzhaft, weil ja bei der Bildung des Generalstaatskommissariats der Bund „Bayern und Reich“ in erheblichem Maße beteiligt war und alles, was Sie von Kahr erwarteten, nicht eingetroffen war. Wir haben darüber gesprochen, daß die Deutsche Frage von München aus angetrieben werden müsse und daß letzten Endes die Entscheidung mit einem massenmäßigen Druck auf Berlin herbeizuführen sei. Sie haben mir dabei noch den Vorwurf gemacht, daß ich als Anhänger der Monarchie mich angehöre des Verlangens Kahrs nicht passiv verhalten könne und auch die monarchische Idee werde leiden, wenn Kahr hartnäckig mache. So habe darauf noch erwidert:

„Kahr wird das gelingen, was Eisner und Auer nicht erreicht haben: Er wird der Totengräber der Monarchie sein.“

Ein paar Tage später sagten Sie mir: „So geht das nicht weiter, wir müssen Kahr die Leute zur Seite geben, die ihn zu einer latenten Einflüchtung veranlassen.“ Darunter wurde auch mein Name genannt, und Sie haben dazu noch erklärt, Sie würden sich mit Kahr in Verbindung setzen wegen seiner passiven Haltung. Dann haben Sie in vier Punkten, die am Baron v. Kuffler gerichtete waren, in sehr entschiedener Form eine Aenderung der Haltung verlangt, weil sonst der Bund „Bayern und Reich“ seine Beziehungen zum Generalstaatskommissariat lösen würde.

San-Rat Pittinger bezeugt es als unrichtig, daß der Bund „Bayern und Reich“ mit ultimativen Forderungen an Kahr herangetreten sei. Bei seinem Schritt habe es sich lediglich um wirtschaftliche Forderungen gehandelt. Er habe dem Zeugen Borsf. gegenüber die Befehle geäußert, daß man in Bayern glauben könne, daß kein Marsch nach Berlin die Rettung bringen könne. Das habe er der Zeuge selbstverständlich bestritten.

Hitler: Sie behaupteten, daß die Unzufriedenheit mit Herrn v. Kahr nur auf wirtschaftlichen Maßnahmen beruhe. Der Artikel in „Bayern und Reich“ vom 22. September, in dem es heißt: „Die Stunde ist da, jetzt gilt die Tat usw.“, der zeigt doch, daß im Bunde „Bayern und Reich“ ganz andere als wirtschaftliche Ziele verfolgt wurden.

Zeuge: Ich habe nicht behauptet, daß der Bund nur wirtschaftliche Ziele verfolgte. Um übrigen bin ich für die Redaktion des Bundesorgans nicht verantwortlich. Die Veranlassung zu diesem Artikel gab nicht das Generalstaatskommissariat, sondern das Ministerium.

Hitler: War man nicht mit Kahr auch deswegen unzufrieden, weil er nicht den Steuerstreik proklamiert hatte, den Sie, Herr Sanitätsrat, für richtig hielten? — Zeuge: Nein. Die Unzufriedenheit in der bayerischen Bewegung war ganz allgemein. Als ich Kahr darauf aufmerksam machte, antwortete er mir: Wenn sich diese Hoffnung auf die wirtschaftliche Besserung nicht erfüllt, dann deshalb, weil dazu eine Währungsstabilisierung notwendig ist. Diese wird im Generalstaatskommissariat mit allen Mitteln durchgeführt.

Über von den bayerischen Wirtschaftskreisen ist dann als notwendig bezeichnet worden, daß man auch bis zu einer Absperrung der Zollgrenzen ginge. „Das mache ich“, so erklärte Kahr damals, „nicht mit.“

Wenn ich nicht das bayerische Problem lösen kann, dann werde ich das deutsche Problem lösen, und zu diesem Zweck Fühlung mit Norddeutschland nehmen.“ Aus diesem Grunde, so erklärte der Zeuge, ist auch der Kampfbund aufmerksam gemacht worden, er solle nur warten; das, was er wolle, werde schon kommen. Ich war allerdings der Ansicht, daß man gerade dadurch die Herren zum Loslösen veranlassen hat, denn den Herren vom Kampfbund war es unangenehm, wenn etwas, was um 12 Uhr gemacht werden sollte, nicht 5 Minuten von 12 gemacht wurde.

Im übrigen jagt der Zeuge aus, es habe für ihn kein Zweifel daran bestanden, daß Kahr, Löffow und Seißer unter Zwang gehandelt hätten.

H. Kahr: Haben Sie, Herr Zeuge, an Ihre Unterorganisationen Rundbriefe verschickt, in denen davon die Rede war, daß Herr v. Kahr und Hitler sich über den „Marsch nach Berlin“ geeinigt hätten.

Zeuge: Das ist eine glatte Fälschung.

H. Kahr: Ober haben Sie nach dem 8. November Rundbriefe verschickt, in denen Sie davon sprachen, daß Hitler seine Wort gebrochen habe?

Zeuge: Auch das ist unrichtig.

H. Kahr: Gademann: Hatten Sie Herr Betreter, Oberst Schmidt, der an den Sitzungen mit Herrn v. Kahr teilgenommen hat, Ihnen nicht gesagt, daß Kahr am 6. November bei der Besprechung von dem legalen und dem illegalen Weg gesprochen hat?

Zeuge: Herr Oberst Schmidt sagte mir, daß Kahr, Löffow und Seißer mit aller Deutlichkeit zu verstehen gegeben hätten, daß jeder bewaffnete Versuch, sich gegen die Regierung aufzulegen, mit Wassergewalt niedergeschlagen würde. Doch etwa der Gedanke des anormalen oder illegalen Weges, d. h. also der Gedanke des Aufschlusses, propagiert worden wäre, ist mir nicht bekannt geworden.

Angell: Oberstaatsanwalt Friedel: Ende August haben die nationalen Organisationen eine Besprechung gehabt, an der auch der Zeuge teilnahm. Erinnern Sie sich, daß Sie als der Vater des Gedankens des Generalstaatskommissariats damals selbst die Ansicht vertrat, daß Herr v. Kahr, wenn er Diktator würde, energielose Leute um sich haben müßte, weil sonst nichts geschähe?

Zeuge: Daran kann ich mich nur ganz allgemein erinnern.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

# Die Abgesägten.

Immer, wenn der Frühling erwartet wird — und mal muß er doch auch in diesem Jahre kommen, und wenn es auch noch Wochen währen sollte —, beginnt das Verschönerungswerk des äußeren Berliner Stadtbildes. Früher gehörte dazu zunächst die Denkmalswähe. Allen den vielen Wilhelms und Friedrichs, den Kurfürsten und Markgrafen wurde das Gesicht gewaschen, die Nase gepuht, na und so. Heute hat man andere Sorgen als die Pflege der Puppen, heute beschränkt man sich auf Notwendiges und Nützliches der Verschönerung. Dazu gehört vor allem die Pflege der öffentlichen Gärten und Parks, der Sträucher und Bäume in diesen Anlagen. Die Gärtnere sind mit langen Beilern und großen Sägen und Scheren am Werk. „Groß-Reinmachen“ unter den Bäumen vorzunehmen. Da werden nicht nur kleine Triebe und Zweige entfernt, sondern ganz große Äste abgesägt und die allzu üppig wuchernden Kronen entfernt. Eigentlich kann man von einer Verschönerung bei diesem Werk nicht gut reden. Die also abgesägten und verstuften Bäume machen zunächst einen geradezu betagerten Eindruck. Die Schönheit dieser Aufräumungsarbeiten machen sich erst ein paar Wochen später bemerkbar. Je besser und nachhaltiger Bäume und Sträucher gesüht und von überflüssigem Ballast befreit worden

## Mittwoch, den 19. März, abends 7 Uhr

# Große Funktioneerkonferenz

für den Bezirksverband Berlin der USPD, im Lehrer-Vereinshaus (gr. Saal), Alexanderplatz.

sind, der unangenehme an ihrem Saft und Kraft zieht, um so üppiger und voller erblühen sie im Sommer und anfallen sich zu den schönsten Schattenspendern.

Manbelt man heute in einem Park unter diesen Bäumen, die radikal mit der Säge bearbeitet worden sind, beschließen einem so eigenartige Gedanken. Auch von den Menschen sind gerade jetzt unendlich viele „abgesägt“, aus Arbeit und Verdienst entlassen worden. Der Personallabben in Preußen und im Reich, der schon so viele Kuriositäten gezeitigt hat, daß man damit ein ganzes Museum anfüllen könnte, und Entlassungen aus anderen Betrieben haben das Uebrige dazu getan und gehörig aufgeräumt. Für diese vielen „Abgesägten“ ist es nur ein schwacher Trost, daß der Frühling naht, der schreckliche Winter und die schier unerträgliche Inflationszeit vorbei sind. Auch im Sommer muß man ja essen und braucht man Kleidung und Schuhzeug. Wie aber werden nicht wissen, woher sie die Mittel zu diesen notwendigen Anschaffungen nehmen sollen, denn mit den Menschen, die „abgesägt“ worden sind, geht es umgekehrt, wie mit den verstuften Bäumen. Diese werden kräftiger und üppiger infolge der Operation, jene verlieren den Halt, verdorren und verderben.

## Die Potsdamer Stadtwahlen.

### Zunahme der Stimmen der Rechten.

Am gestrigen Sonntag fanden in Potsdam die Stadtverordnetenwahlen statt. Von 39 085 eingeschriebenen Wählern beteiligten sich etwa 30 230, also 77 Proz. der Wahlberechtigten, an der Wahl. Es erhielten: Vereinigte Sozialdemokraten 3392, Unabhängige Sozialdemokraten 434, Kommunisten 2288, Demokraten 1363, Zentrum 697, Deutsche Volkspartei 2465, Deutschnationale Volkspartei 11 967, Deutschsozialer Partei 1766, Völkisch Sozialer Block 1410 und Handel und Gewerbe (Unpolitische Liste) 3997 Stimmen. Die Verteilung der Mandate ist folgende: Vereinigte Sozialdemokraten 5, Unabhängige Sozialdemokraten 0, Kommunisten 3, Demokraten 2, Zentrum 1, Deutsche Volkspartei 8, Deutschnationale Volkspartei 16, Deutschsozialer Partei 2, Völkisch Sozialer Block 2 und Handel und Gewerbe 6 Mandate.

Bei den vorigen Stadtverordnetenwahlen, die eine vereinigte bürgerliche Liste einschließlich der Demokraten aufwies, waren im Potsdamer Gemeindeparlament 39 bürgerliche, 12 sozialdemokratische und 9 unabhängige Stadtverordnete. Infolge der diesmaligen Wahlen verstärkten sich die Deutschnationalen um 2 Mandate, die Deutsche Volkspartei verlor 4 Mandate, die Demokraten verlieren 12 Mandate, die Vereinigten Sozialdemokraten 14 Mandate, die Unabhängigen Sozialdemokraten 9 Mandate. Die Deutschsozialen und der Völkische Block, die im vorigen Gemeindeparlament nicht vertreten waren, gewannen je 2 Mandate, die unpolitische Liste Handel und Gewerbe 6 Mandate. Der Verlust der Demokraten ist dadurch herbeigeführt, daß sie diesmal allein im Wahlkampf vorgehen und von keiner Partei unterstützt wurden. Das Zentrum behielt ein Mandat. Infolge der neuen Städteordnung wird das neue Gemeindeparlament nur 43 Sitze statt, wie bisher, 60 Sitze haben.

## Selbstmord durch Gift.

Einen tragischen Abluß fand eine Aussprache zwischen zwei geschiedenen Eheleuten. In einem Hotel in der Kochstraße trafen vor einigen Tagen ein Tischlermeister Reschke aus Westdeutschland und seine von ihm geschiedene Frau Gertrud aus Alt-Ruppin ein. Frau Reschke hatte ihren ehemaligen Mann nach Berlin bestellt, um sich mit ihm auszusöhnen. Der Aussöhnungsgesuch schlug aber fehl. Sonntag nacht, kurz nach drei Uhr, nachdem es zu einem Streit zwischen beiden gekommen war, ging Frau Reschke unter dem Vorwand, auf die Toilette gehen zu wollen, einen Augenblick aus dem gemeinsamen Zimmer. Sie blieb aber nur wenige Sekunden draußen, kam dann mit den Worten: „So, nun ist alles erledigt“ wieder herein, ging bis zur Mitte des Zimmers und fiel dann tot um. Sie hatte draußen Gift genommen. Der Mann schlug sofort Alarm und man benachrichtigte die Polizei und einen Arzt. Letzterer konnte aber nur noch den Tod feststellen. Die Leiche wurde beiseitegenommen und ins Schauhaus geschafft, der Mann verhaftet in Gemahlsraum genommen, aber wieder entlassen, da ermittelt wurde, daß Frau Reschke das Gift schon mitgebracht hatte, um sich bei einem Selbstmord durch die Ausführung des Lebens zu nehmen.

## Überfall auf einen Autoomnibus.

Ein wirklich tolles Stück ereignete sich in letzter Nacht in der Danzigerstraße. Als dort kurz nach 1 1/2 Uhr der Autoomnibus der Linie 4, an der Endhaltestelle Danzigerstraße, Ecke Prenzlauer Allee, stark besetzt ankam, stürmten, anscheinend auf ein gegebenes Zeichen, 25—30 halbwüchsige Burschen herbei. Sie umgingen den Wagen, drangen ein, und durchsuchten ihn, wie sie vorgaben, nach Bismarckhündlern. Auf alle Personen, die sie als solche ansahen, schlugen sie ein. Als sie dann ihr Mühen gelüht hatten, verschwand sie in der Richtung Weißensburger Straße. Da man annahm, daß die Horde auf der Rückfahrt noch einmal auf den Wagen stürzen würde, fuhr der Autoomnibus zum nächsten Revier, und unter Bewachung von Schutzpolizei ging dann die Rückfahrt vorstatten.

## Berlin als Messestadt.

Die Tatsache, daß im Jahre 1923 in Berlin nicht weniger als 20 Ausstellungen und Messen abgehalten worden sind, dürfte manchen überraschen, weil selbst große und bedeutende Ausstellungen, besonders wenn es Hochausstellungen sind, in einer Kleinstadt, wie es Berlin ist, leicht verschwinden. So gab es in Berlin 1923 eine

Allgemeine Deutsche Konditoreischau, eine Reichsfleischschau, eine Papiermesse, eine Dentalschau, eine Allgemeine Deutsche Gastwirte-Messe, eine Deutsche Mittelstandsausstellung, eine Internationale Exportausstellung, eine Tabakmesse, eine Ausstellung für Seifen und Parfümerien, eine Allgemeine Bureauausstellung, eine Berliner Schauhausestellung, eine Musterchau für Urmacher usw., eine Deutsche Fachmesse „Die Herrenmode“, eine Jubiläumsausstellung des Deutschen Drogerienverbandes, Allgemeine Deutsche Hygiene-Messeausstellung, Große Jubiläumsausstellung der Gastwirte usw., eine Photographische Jubiläumsausstellung, Automobilausstellung usw. Auch in diesem Jahre finden wieder zahlreiche Ausstellungen und Messen statt.

Die Stadtverordnetenversammlung hat ihre nächste Sitzung am Donnerstag um 7 1/2 Uhr. Die reichlich ausgestattete Tagesordnung bringt unter anderem den nach Stadtverordnetenwahl für Berlin verlangten Antrag der Deutschnationalen Er hat die Zweck, ihnen Gelegenheit zu Verhandlungen für die Reichstagswahl zu geben. Auch die Kommunisten werden dort gemäß ihrer Möglichkeiten sein.

Beim Einbruch niedergeschossen. In der vergangenen Nacht gegen 3 1/2 Uhr drangen zwei Männer im Hause Reichenberger Straße 118, nachdem sie eine Wand durchbrochen hatten, mittels Nachschlüssels in den Keller. Als sie die nach den oberen Geschossraum hinaufführende Treppe hinaufgingen, trat ihnen der Geschäftsführer entgegen und gab einen Schuß ab, durch den der 19jährige Arbeiter Egon Riese am Unterleib schwer verletzt wurde. Man brachte den Einbrecher nach dem Stadttrankenhause. Sein Kumpan ist entkommen.

Selbstmord im Park. Während der gestrigen Vorstellung im Bismarckgarten, etwa gegen 10 1/2 Uhr, erlöste plötzlich ein Schuß, der unter den Theaterbesuchern, eine nicht geringe Aufregung verursachte. Ein Mann im Alter von 25 bis 30 Jahren, dessen Persönlichkeit bisher noch nicht festgestellt werden konnte, hatte sich durch einen Schuß in die rechte Schläfe getötet. Der Unbekannte ist 170 Meter groß und schlank und hat dunkelbraunes Haar. Im Oberleib fehlt ihm der rechte Eckzahn. Die Leiche ist zunächst nach der Unterstadtstraße in der Fiegestraße geschafft worden.

Leinwand und Woll. Gestern wird Genosse Meier am Montag, den 17. März, abends 7 Uhr, in der Aula der Gemeindefschule, Charlottenburg, Oranienstraße, sprechen.

Der Meiner der Meinerer, Mitglied d. D. N. S. B. verurteilt Sonntag, den 18. März, nach 3 1/2 Uhr, in der Philharmonie ein Konzert unter Mitwirkung von Phildor Pöhlmann, Edwin Ledermann und P. A. Joseph. Höhe von Bräu, Wiesener, Sturm, Hamer, Legar und Mozart.

Jugendhilfe! Deutsches Kinderschutz-Büro, Dienstag, 18. März, 7 1/2 Uhr, im Werner-Elementar-Schulhaus, Hohenschönhausen 47/48, im Bund Landesjugend-Schulreform, nach Vorfragen von Dr. Gerhard Dargatz, Räte Herzfeld, Rüdiger Richard Brande, Charlotte Meyer, Rudolf Lande, Franz Hilfer. Beheimann eingeladen.

Der Concordia-Café Spielplatz, Unterstadtstr. 64, veranstaltet am heutigen Sonntag eine Wohltätigkeitsausstellung. Der gesamte Reinerwerb wird dem Rotkreuz Friedrichshagen zugewandt. Beginn 6 Uhr 30 und 8 Uhr 30 abends. Außer der interessanten großen Puppenausstellung und einem vorzüglichen Schimmelprogramm, wird der große Film „Aunt“ mit Glang-Adrien, Eoli und einer Juchheulmaschine auf der Bühne gegeben. Jugendliche haben Zutritt. Im reich regen Besuch wird gesehen.

## Einsturz eines 3stöckigen Wohnhauses.

In dem Vorort Königshof bei Krefeld ist am Sonnabend ein dreistöckiges Wohnhaus eingestürzt, wobei eine Anzahl Bewohner unter den Trümmern begraben wurden. Die Feuerwehr nahm sofort die Rettungsarbeiten auf, doch konnten eine Frau, ihr zehnjähriger Sohn und ihre siebenjährige Tochter nur als Leichen geborgen werden. Der Ehemann, der mit in die Tiefe stürzte, kam dagegen mit unerheblichen Verletzungen davon. Eine andere Frau wurde schwer verletzt ins Krankenhaus geschafft. Auch mehrere andere Hausbewohner erlitten leichtere Verletzungen.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Kreis Krefeld. Montag, den 17. März, abends 7 1/2 Uhr. Geschäftsbesprechung des Kreisverbandes bei H. Reibher, Poststr. 10.
2. Kreis Berlin. Montag, den 19. März, abends 7 Uhr. Gewerliche Besprechung mit den Delegierten des Kreisverbandes, Danziger Str. 71. — Kreisleiter: Fritz Wiede nach Jungferndamm in der Krefelder.
3. Kreis Charlottenburg. Erweiterte Sitzung am Montag abends 10 1/2 Uhr im R. L. Die Sitzung wird pünktlich eröffnet. Geschäftsbesprechung dringend erforderlich.
4. Kreis Schöneberg-Friedrichshagen. Die für heute abends anberaumte Kreisverbandssitzung findet erst Mittwoch, den 19. März, im selben Lokal statt.
5. Kreis Köpenick. Kreisleiterwahl heute Sonntag, den 17. März, 7 1/2 Uhr. Mithras Besprechung im Zarenheim Lokal, Fahrenstr. 15.
6. Kreis Tempelhof. Die für heute abends anberaumte Kreisverbandssitzung findet erst Mittwoch, den 19. März, im selben Lokal statt. Mithras Besprechung im Zarenheim Lokal, Fahrenstr. 15.
7. Kreis Charlottenburg. Dienstag, den 18. März, 7 1/2 Uhr. Hofel Zug. Guttenberg 36. Arbeitsbesprechung. Thema: Wahlen Einfluß hat die Partei auf die Reichstagswahl? Ref.: Genosse Fritz Reibher. M. d. S. Gäste willkommen.
8. Kreis Köpenick. Dienstag, den 18. März, 9 1/2 Uhr. Mithras, abends pünktlich 7 Uhr. kommen bei Mithras die Funktionäre zu einer wichtigen Beratung zusammen.

## Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation.

53. Wkt. Charlottenburg. Freitag, den 14. März, verstarb Genosse Fritz Schöber, Wilmersdorf 9. Einlieferung: Mittwoch, den 19. März, früh 10 1/2 Uhr. Krematorium Grützelstraße.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Realisa, Freitag 14. Berlin der Arbeiter für Feuerbestattung. Montag, den 17. März, abends 7 1/2 Uhr. Mithras Versammlung. Ref.: Gen. Wolf Hoffmann. Thema: Was ist die Bedeutung der Arbeiter für Feuerbestattung? Ref.: Genosse Fritz Reibher. M. d. S. Gäste willkommen.

## Sport.

### Rennen zu Mariendorf am Sonntag, den 16. März.

1. Rennen. 1. Ring (H. Höpff), 2. Soldat (H. Renner), 3. Lumpi (H. Höpff). Toto: 160; 10. Platz: 24, 16, 24; 10. Ferner liefen: Dolander, Gna Dinger, Hollant, Erik Wollersdorf.
2. Rennen. 1. Unterjoch (H. Renner), 2. Importeur (G. Treuberg), 3. Glade (H. Höpff). Toto: 18; 10. Platz: 11, 12, 14; 10. Ferner liefen: Corona Mc Alure, Rüdiger, Ocean Girl, Kletterrolle.
3. Rennen. 1. Rebel (H. Höpff), 2. Adler (H. Höpff), 3. Barometer (Gergo). Toto: 45; 10. Platz: 18, 33, 23; 10. Ferner liefen: Dürbel, Wolfänger, Kalkstein I, Walfisch, Billi I (Joak), Klertons, Debrüra I, Oberholzer, Eddi, Ingros, Jallus, Berthold, Vore, Rabatros, Galtipso.
4. Rennen. 1. Gassenmühl (G. Treuberg), 2. Prinz Hagenau (H. Höpff), 3. Udelel (H. Höpff). Toto: 14; 10. Platz: 11, 11; 10. Ferner liefen: Argorth II.
5. Rennen. 1. Bergisch Halls (H. Höpff), 2. Michel Angelo (H. Höpff), 3. Rind (H. Höpff). Toto: 14; 10. Platz: 13, 24; 10. Ferner liefen: Leo Falk, Cepal, Cadine Argorth.
6. Rennen. 1. Erdmann (H. Höpff), 2. Feinbildart (H. Höpff), 3. Ronachit (Kneppel). Toto: 17; 10. Platz: 13, 32; 10. Ferner liefen: Wiebehopf, Pitti, Jafal.
7. Rennen. 1. Olimon (H. Höpff), 2. Silbertus (H. Höpff), 3. Hartlein (H. Höpff). Toto: 16; 10. Platz: 11, 13, 14; 10. Ferner liefen: Manfred, Bar. Argorth, Gerd, Rüdiger I, Gung.
8. Rennen. 1. Ludmilla (H. Höpff), 2. Ballonfänger (H. Höpff), 3. Pump (Steuer). Toto: 87; 10. Platz: 17, 13; 10. Ferner liefen: Gesterer jr., Paula Dinger, Peng I, Dollja, Quabiet.

Berlin siegt über Hamburg im Fußball-Städtekampf. In dem gestern nachmittags im Berliner Stadion zum Auszug gekommenen Fußball-Städtekampf Berlin gegen Hamburg siegte die Berliner Elf mit 3:1 Toren.

